

1 Antrag des Kreisverbands Gütersloh zur BDK von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.11. bis 30.11.2025
2 in Hannover

3 **Titel:**

4 **Aufwandsentschädigung der Realität anpassen - Wir ermöglichen Selbständigen**
5 **und Arbeitssuchenden ehrenamtliche Kommunalpolitik**

6 **Antrag:**

7 Wir bitten die Bundestagsfraktion, eine Regelung zu erarbeiten, allen Menschen eine ehrenamtliche
8 politische Arbeit zu ermöglichen. Hierzu sollte berücksichtigt werden:

9 Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung politischer Mandate gezahlt werden, sollen bis zu
10 einer Summe von 15.000€ steuer- und sozialversicherungsfrei gestellt werden. Alternativ sollten die
11 Aufwandsentschädigungen nach §3 Einkommenssteuergesetz generell steuerfrei gestellt werden. Die
12 Aufwandsentschädigungen sollten weder der Einkommensteuer noch der Gewerbesteuer bzw. den
13 Pflichtbeiträgen in der gesetzlichen Krankenversicherung unterliegen. Ebenso sollten sie nicht als
14 Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit betrachtet werden.

15 **Begründung:**

16 Demokratie lebt von den Menschen, die sie gestalten. Politisches Handeln ist dort am sichtbarsten, wo
17 die Bevölkerung es direkt in der Nachbarschaft, in der eigenen Stadt zu sehen bekommt. Politik und
18 Demokratie werden vor Ort gemacht und gelebt. Das bedeutet viel Arbeit – ehrenamtliche Arbeit. In
19 Deutschland arbeiten knapp 200.000 Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik. Viele Nachmittage,
20 Abende, Wochenenden, große Teile der Freizeit werden dafür geopfert, das Leben in den Kommunen
21 und Gemeinden besser zu machen. In den Räten, Bezirksvertretungen und Kreistagen sitzen Menschen
22 aus allen Lebensbereichen – von der Friseurmeisterin bis zum Strafverteidiger, vom Lehrer bis zur
23 Ärztin.

24
25 Für die Ausübung kommunalpolitischer Mandate und ehrenamtlicher Tätigkeiten werden
26 Aufwandsentschädigungen gezahlt. Viele Kommunalpolitiker*innen reduzieren Stunden oder arbeiten
27 durch die doppelte Belastung weniger im eigenen Unternehmen. Die aktuelle steuer- und
28 sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Aufwandsentschädigungen aus politischer Arbeit führt
29 bei Selbständigen, Arbeitssuchenden, Bürgergeldempfänger*innen, Kleinunternehmer*innen und
30 Rentner*innen oftmals zu finanziellen Nachteilen. In einem Flickenteppich werden in allen
31 Bundesländern unterschiedliche Ausnahmen geregelt. Zudem führen gerade bei Selbständigen mit
32 kleineren Betrieben die Entschädigungen zu einer höheren Belastung durch Kranken- oder
33 Sozialversicherungsbeiträge. Das führt dazu, dass gerade Menschen in der Solo-Selbstständigkeit oder
34 in einer Phase der Arbeitslosigkeit sich aus der politischen Arbeit zurückziehen. Wir brauchen in der
35 demokratischen Willensbildung Vertreter*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Wir dürfen nicht
36 zulassen, dass der meist große Einsatz von Zeit und Ideen in die politische Arbeit zu Nachteilen führt.
37 Um faire Teilhabechancen und eine sachgerechte politische Mitwirkung zu ermöglichen, müssen die
38 Abgaben für die Sozial- und Krankenversicherung sowie die Besteuerung völlig neu gedacht werden.
39 Das neue Innenministerium hat sich auf die Fahne geschrieben, Ehrenamt und Demokratie zu stärken.
40 Davon ist bisher nicht viel zu sehen.